

Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 17.12.2024
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:39 Uhr
Ort, Raum: in der Gaststätte Rheinischer Hof, Burgstr. 54, 49413
Dinklage

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Carl Heinz Putthoff

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Christoph Bornhorst

Amtsleiter/in

Herr Michael Busch
Herr Alfons Echtermann
Herr Uwe Middendorf
Frau Anne Miosga

Verwaltung

Herr André Woelk

Protokollant/in

Frau Heidi Bellersen

Ratsvorsitzende/r

Herr Robert Blömer CDU

Ratsmitglied

Frau Claudia Bausen	BFD
Herr Joseph Behrens	CDU
Frau Nicole Bramlage	CDU
Herr Ludger Burhorst	SPD
Herr Tim Julian Dorniak	CDU
Herr André Hälker	CDU
Herr Ulrich Heitmann	BFD
Herr Henning Hilgefert	BFD
Herr Paul Johanning	CDU
Herr Josef Kruse	AfD
Herr Steffen Lampe	BFD
Frau Sabine Meyer	CDU
Herr Christian Morthorst	Grüne
Frau Mirja Morthorst	Grüne
Herr Nils Röbbke-Stadtsholte	CDU
Frau Tanja Ruhe	CDU
Herr August Scheper	CDU
Herr Wulf Schwarte	CDU
Frau Sigrid Seelhorst	CDU
Herr Ingo Wessels	SPD
Herr Andreas Windhaus	CDU
Frau Susanne Witteriede	SPD

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Silvia Dierken

Abwesend:

Tagesordnung:

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2** Einwohnerfragestunde
- 3** Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 12.09.2024 -öffentlicher Teil-
- 4** Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-
BUS vom 23.09.2024
JFSI vom 28.10.2024
FWT 04.11.2024
BUS 14.11.2024
FWT 02.12.2024
- 5** Antrag Initiative Dinklusive; hier: Errichtung einer "Toilette für alle" in Dinklage;
JFSI vom 28.10.2024
VA vom 25.11.2024
Vorlage: DS-19-0469
- 6** Erneuter Antrag des TC Dinklage e.V. auf Bezuschussung der Renovierung und energetischen Sanierung des Vereinsheims und der Installation einer Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0503
- 7** Antrag des TC Dinklage e.V. auf Vergrößerung des Vereinsgeländes zum Bau eines weiteren Tennisplatzes, sowie auf Bewilligung einer Förderung für den Bau des Platzes und der Erneuerung von drei bestehenden Plätzen
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0504
- 8** Antrag des Pony-Club Dinklage e.V. oder Reitsportclub Dinklage e.V. auf Bezuschussung für den Neubau einer Reithalle mit anliegenden Pferdeboxen
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0506
- 9** Antrag des Schützenverein St. Hubertus Langwege e.V. auf Bezuschussung für den Neubau einer Gerätehalle
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024

Vorlage: DS-19-0505

- 10** Antrag des Freundeskreis Schweger Mühle auf Erneuerung der Verschindelung und des Krühwerks an der Schweger Mühle
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0507
- 11** Neufassung der Satzung der Stadt Dinklage über Volksfeste (Marktordnung) im Zuge der Festlegung; Verlegung der Kirchmestage von Freitag bis Sonntag
FWT vom 04.11.2024
VA vom 25.11..2024
Vorlage: DS-19-0477
- 12** Vergabe eines Straßennamens für die geplanten Wohnhäuser im rückwärtigen Bereich der Bahnhofstraße
BUS vom 23.09.2024
VA vom 30.09.2024
Vorlage: DS-19-0465
- 13** Erlass einer Vorkaufsrechtssatzung für den Ortskern
BUS vom 14.11.2024
VA vom 25.11.2024
Vorlage: DS-19-0491
- 14** Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2025
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0498
- 15** 13. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung in der Stadt Dinklage - Straßenreinigungsgebührensatzung
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0502
- 16** 11. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0499
- 17** Neuordnung der Umsatzbesteuerung nach § 2b Umsatzsteuergesetz
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0501
- 18** Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2024
FWT vom 04.11..2024

VA vom 25.11..2024
Vorlage: DS-19-0482

- 19** Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2024
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0500
- 20** Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzung) in der Stadt Dinklage
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0508
- 21** Beratung und Beschluss über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2025
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
- 22** Beratung und Beschluss über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2024-2028
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
- 23** Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten
- 24** Anfragen und Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Blömer eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage um 16:00 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder des Rates, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste. Sodann stellt er die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Frau Heike Bürgel erfragt den Sachstand zu den Planungen der Aufenthaltsfläche für Jugendliche und welche Anträge gestellt wurden.

Amtsleiter Middendorf teilt mit, dass er sich in Abstimmung mit dem Architekten befinde. In Kürze soll der Bauantrag für den Aufenthaltsplatz beim Landkreis Vechta eingereicht werden.

Herr Oliver Hölters bemängelt, dass er von den Planungen für die Aufenthaltsfläche für Jugendliche aus der Zeitung erfahren habe und die Anwohner bei den Planungen nicht involviert wurden. Weiter fragt Herr Hölters an, wo er Einspruch gegen die Errichtung der Aufenthaltsfläche einlegen könne.

Bezugnehmend merkt Amtsleiter Middendorf an, dass Frau Bürgel regelmäßig bei den Sitzungen des Jugendparlaments anwesend war.

Ratsvorsitzender Blömer schließt somit die Einwohnerfragestunde.

zu 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 12.09.2024 -öffentlicher Teil-

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 12.09.2024 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

**zu 4 Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-
BUS vom 23.09.2024
JFSI vom 28.10.2024
FWT 04.11.2024
BUS 14.11.2024
FWT 02.12.2024**

Es werden keine Anfragen zu den Ausschussprotokollen gestellt.

**zu 5 Antrag Initiative Dinklusiv; hier: Errichtung einer "Toilette für alle" in Dinklage;
JFSI vom 28.10.2024
VA vom 25.11.2024
Vorlage: DS-19-0469**

Amtsleiter Middendorf führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus. Er bezieht sich auf die in den Fachausschüssen geführten Diskussionen.

Beschluss:

Die Errichtung einer zentrumsnahen, öffentlichen und barrierefreien „Toilette für alle“ soll in den mittelfristigen Planungen der Stadt Dinklage Berücksichtigung finden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 6 Erneuter Antrag des TC Dinklage e.V. auf Bezuschussung der Renovierung und energetischen Sanierung des Vereinsheims und der Installation einer Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0503**

Mitglied Hälker zieht sich von der Beratung und der Abstimmung zu diesem Top zurück.

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus. Er bezieht sich auf die im FWT geführten Beratungen.

Mitglied Windhaus merkt an, dass es seitens der CDU wichtig sei, die Photovoltaikanlage aus der Förderung herauszurechnen, damit nicht der Eindruck entstehe, dass die Photovoltaikanlage mitgefördert werde.

Mitglied Witteriede unterstützt den Antrag des TC Dinklage. Sie regt an, dass zukünftig keine Anträge im Nachhinein gestellt werden sollten. Die Kosten müssen im Vorfeld sauber recherchiert und berechnet werden.

Mitglied Heitmann unterstützt die Aussage von Mitglied Windhaus. Er lobt die gute Arbeit des Vereins und hält den Antrag für gerechtfertigt.

Beschluss:

Dem Antrag wird entsprochen. Entsprechende Mittel (20.000,00 €) sollen im Haushalt 2025 eingeplant werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 7 Antrag des TC Dinklage e.V. auf Vergrößerung des Vereinsgeländes zum Bau eines weiteren Tennisplatzes, sowie auf Bewilligung einer Förderung für den Bau des Platzes und der Erneuerung von drei bestehenden Plätzen
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0504**

Mitglied Hälker zieht sich von der Beratung und der Abstimmung zu diesem TOP zurück.

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Mitglied Dorniak unterstützt den Antrag. Er geht auf die Empfehlung des FWT-Ausschusses ein, in der eine Begradigung der Grenzföhrung angeregt wurde.

Mitglied Heitmann fragt an, ob die Naturschutzmaßnahmen wie z.B. Vogelkästen, berücksichtigt wurden.

Beschluss:

A:

Dem TC Dinklage e.V. wird aus dem Gelände des Freibades (Flur 40, Flurstück 184) eine Fläche zur Größe von ca. 330 qm zur Verfügung gestellt, um das Vereinsgelände um einen weiteren Tennisplatz erweitern zu können. In diesem Zusammenhang wird der bestehende Pachtvertrag zwischen der Stadt Dinklage und den TC Dinklage e.V. entsprechend neu gefasst und dabei die Pachtdauer vom 31.08.2030 bis zum 31.12.2035 verlängert. Die übrigen Regelungen des Pachtvertrages gelten unverändert fort.

B:

Für die Errichtung des neuen Tennisplatzes und die Erneuerung der drei bestehenden Tennisplätze stellt die Stadt Dinklage für die Jahre 2025 und 2026 jeweils einen Förderbetrag in Höhe von jeweils 100.000,- € für die vom TC Dinklage e. V. geplanten Maßnahmen im Haushaltsplan ein.

Abstimmungsergebnis:

- a) Einstimmig
- b) Einstimmig

**zu 8 Antrag des Pony-Club Dinklage e.V. oder Reitsportclub Dinklage e.V. auf
 Bezuschussung für den Neubau einer Reithalle mit anliegenden Pferdebo-
 xen
 FWT vom 02.12.2024
 VA vom 09.12.2024
 Vorlage: DS-19-0506**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus. Er merkt an, dass dieses Thema schon seit Jahren beraten werde. Aktuell sehe er die Chance, ein gemeinsames Reitzentrum zu gründen.

Mitglied Witteriede spricht sich für den Antrag aus, auch weil ein Wohn-, / Mischgebiet auf dieser Fläche entstehen könnte. Jedoch wird die geplante Gegenfinanzierung von ihr kritisch gesehen.

Mitglied Kruse merkt an, dass beide Reithallen sanierungsbedürftig seien. Er sieht die Finanzierung durch den Verkauf des Geländes gesichert. S.E. müsse das Gelände anderweitig verplant werden. Die Ablagerungen im Boden seien bekannt. Für ihn ist wichtig, dass der Verein eigenständig Zuschüsse generiere oder Sponsoren suche.

Mitglied Windhaus sieht die einmalige Möglichkeit, auf der Fläche etwas zu bewegen. Er bezieht sich auf den Beschlussvorschlag der Verwaltung, wo konkretisiert wurde, dass die Zahlung an den Reitverein nur gezahlt werde, wenn der Stadt Dinklage die Möglichkeit zum Erwerb des Geländes gegeben werde.

Auch sieht er das Gelände nicht als „Wundertüte“ an. Es liegen Gutachten und Kostenschätzungen vor, die die Verunreinigungen im Boden benennen.

Mitglied Windhaus vertritt ebenfalls die Meinung, dass sich der Verein eigenständig auf den Weg machen müsse, um Spenden etc. zu generieren.

Mitglied Morthorst sieht noch Unwägbarkeiten bei der Überplanung des Geländes, da s.E. nicht bekannt sei, in welcher Höhe Kosten für die Altlasten- Entsorgung anfallen. Es ist jedoch wichtig, dass der kontaminierte Boden entsorgt werde. Er merkt an, dass je weiter in die Planungen eingestiegen werde, auch weitere Kostensteigerungen nicht auszuschließen sind.

Mitglied Heitmann teilt mit, dass das BFD den Antrag unterstütze. Auch er sieht die beiden Vereine in der Pflicht, Anträge zu stellen, um Fördergelder zu bekommen.

Mitglied Schwarte sieht durch die Unterstützung des Antrages ein Signal an die Reitvereine, dass auf dieser Fläche gemeinsam etwas geschaffen werden könne. Diese Fläche sei auch für die bauliche Entwicklung in Dinklage sehr wichtig.

Beschluss:

Dem Antrag des Vereins wird insoweit entsprochen, dass im Haushalt 2025 Mittel in Höhe von 500.000 € und im Haushalt 2026 weitere Mittel von 500.000 € eingestellt werden. Vor Auszahlung der Mittel hat der Verein das umzusetzende Bauvorhaben und die Eigenmittel (Quote 45 %) der Verwaltung darzustellen. Darüber hinaus ist vor Auszahlung der Mittel sicherzustellen, dass das im Eigentum des Vereins befindliche aktuelle Gelände des Ponyclubs an der Holthausstraße der Stadt zum Erwerb angeboten wird, wobei sich der Kaufpreis aus dem Bodenrichtwert abzgl. Abrisskosten und Sanierungskosten errechnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 5 Enthaltungen

**zu 9 Antrag des Schützenverein St. Hubertus Langwege e.V. auf Bezuschussung für den Neubau einer Gerätehalle
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0505**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Dem Antrag wird entsprochen. Entsprechende Mittel (19.300,00 €) sollen im Haushalt 2025 eingeplant werden

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 10 Antrag des Freundeskreis Schweger Mühle auf Erneuerung der Verschindelung und des Krühwerks an der Schweger Mühle
FWT vom 02.12.2024**

VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0507

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Dem Antrag wird entsprochen. Im Haushaltsplan 2025 sollen Mittel in Höhe von 210.000 € eingeplant werden. Falls Fördermittel nicht gewährt werden, ist der Antrag erneut zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 11 Neufassung der Satzung der Stadt Dinklage über Volksfeste (Marktordnung) im Zuge der Festlegung; Verlegung der Kirmestage von Freitag bis Sonntag FWT vom 04.11.2024
VA vom 25.11..2024
Vorlage: DS-19-0477**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus. Er merkt an, dass andere Kommunen mit der Verlegung der Festtage gute Erfahrungen gemacht haben.

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Dinklage über Volksfeste (Marktordnung) wird zum 01.01.2025 wie von der Verwaltung vorgeschlagen neu gefasst.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 12 Vergabe eines Straßennamens für die geplanten Wohnhäuser im rückwärtigen Bereich der Bahnhofstraße
BUS vom 23.09.2024
VA vom 30.09.2024
Vorlage: DS-19-0465**

Dipl.-Ing. Busch trägt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache vor. Er teilt mit, dass der Investor den Wunsch geäußert habe, den Straßennamen „Bahnhofstraße“ zu behalten.

Mitglied M. Morthorst merkt an, dass besprochen wurde, die Straße nach weiblichen Persönlichkeiten zu benennen. Sie macht den Vorschlag, die Straße nach den weiblichen Physikerinnen Marie Curie oder Clara Schumann zu benennen. Hierzu entsteht eine Diskussion, in der sich mehrheitlich dahingehend geäußert wird, dem Wunsch des Investors zu folgen.

Mitglied Windhaus stellt den Antrag, die Straße in „Bahnhofstraße mit dem Zusatz a,b,c zu benennen.

Beschluss:

Es wird beschlossen, für die geplante Bebauung auf den Gartengrundstücken der Bahnhofstraße den Straßennamen „Bahnhofstraße a,b,c,d zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

**zu 13 Erlass einer Vorkaufsrechtssatzung für den Ortskern
BUS vom 14.11.2024
VA vom 25.11.2024
Vorlage: DS-19-0491**

Dipl.-Ing. Busch führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Mitglied Schwarte hält die Satzung für sehr wichtig, um keine Fehlentwicklung zuzulassen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Dinklage beschließt die „Satzung der Stadt Dinklage über ein Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für den Ortskern von Dinklage“ entsprechend der Anlage zur Drucksache. Der Kartenauszug, in dem der Geltungsbereich der Satzung dargestellt ist, ist Bestandteil dieser Satzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 14 Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2025
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0498**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Die Gebühr für die Straßenreinigung wird auf 1,20 € je Frontmeter festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 15 13. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung in der Stadt Dinklage - Straßenreinigungsgebührensatzung
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0502**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Die 13. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung in der Stadt Dinklage – Straßenreinigungsgebührensatzung – wird erlassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 16** **11. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage**
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0499

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Die 11. Änderung der Verordnung über die Art, das Maß und die räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage wird erlassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 17** **Neuordnung der Umsatzbesteuerung nach § 2b Umsatzsteuergesetz**
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0501

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt folgende Vorgehensweise:

- a) Die Beibehaltung der alten Rechtslage gemäß § 2 Abs. 3 UStG bis zum 31. Dezember 2026.
- b) Sollten sich im Optionszeitraum bis 2026 im Rahmen der Überprüfung Geschäftsvorfälle und Sachverhalte ergeben, die in der Summe betrachtet aus städtischer Sicht zu steuerlichen Vorteilen führen, soll die Optionserklärung widerrufen werden.

Abstimmungsergebnis:

- a) einstimmig
- b) einstimmig

- zu 18** **Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2024**
FWT vom 04.11..2024
VA vom 25.11..2024

Vorlage: DS-19-0482

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 19 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2024**
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0500

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu 20 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzung) in der Stadt Dinklage**
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024
Vorlage: DS-19-0508

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Die Steuerhebesätze ab 01.01.2025 werden wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A: 403 v. H.

Grundsteuer B: 426 v. H.

Gewerbsteuer: 356 v. H.

Die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzsatzung) der Stadt Dinklage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

- zu 21 Beratung und Beschluss über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2025**
FWT vom 02.12.2024

VA vom 09.12.2024

Bürgermeister Putthoff führt zum Haushaltsplan 2025 wie folgt aus:

Der Haushaltsplanentwurf 2025 gibt in seinem Zahlenwerk erneut eindrucksvoll den Blick auf die Wirklichkeit wieder.

Dabei werde die strukturelle Unterfinanzierung durch Bund und Land und die Auswirkungen des strukturellen Defizits beim Landkreis äußerst deutlich. Die Kommunen seien die Stütze des Gemeinwesens und die Basis der Demokratie.

Derzeit müssen aber die Städte und Gemeinden wahrnehmen, dass

- der Bund und das Land Niedersachsen wesentliche Felder der Daseinsvorsorge nicht mehr oder nicht hinreichend finanziert und vernachlässigt werden. Bund und Land verlassen sich darauf, dass die Kommunen vor Ort als Ausfallbürgen einspringen.
- durch Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene gleichzeitig immer neue staatliche Aufgaben und Tätigkeitsfelder geschaffen werden. Es stehen aber weder das notwendige Personal noch hinreichend finanzielle Mittel zur Umsetzung zur Verfügung.
- Bund und Land ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht zur Finanzierung übertragbarer Aufgaben nicht nachkommen.

Fazit sei, dass die

- Kommunen handlungsfähig bleiben müssen und im Rahmen der verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung noch selbst Raum und Ressourcen für die Setzung eigener politischer Prioritäten haben.

Die Kommunen fordern eine Politik des Machbaren und des Finanzierbaren statt ständig neuer, ungedeckter Versprechungen.

Hier möchte er nur einige Beispiele erwähnen:

1. Umsetzung Ganztag

Die im investiven Bereich mit 40 € pro Einwohner/innen zugesagten Zuschüsse von Bund und Land decken nur einen Bruchteil der notwendigen Aufwände ab. Dies führt zu einer erheblichen finanziellen Belastung im kommunalen Bereich. Im betrieblichen Bereich ist den Kommunen vor allem die Zusage wichtig, den Ganztagsbetrieb in den Grundschulen 5 Tage / 8 Stunden zu garantieren, ohne dass zusätzliche kommunale Mittel für den pädagogischen Bereich erforderlich sind. Außerdem müsse die Ferienbetreuung im Format der freien Jugendarbeit (Ferienpass) möglich gemacht werden, da sie ansonsten nicht darstellbar ist.

2. Kita-Kosten

Seit Einführung der Beitragsfreiheit habe der Block der KiTa-Kosten sehr große Ausmaße angenommen, die bald keinen Raum mehr für freiwillige Aufgaben lasse, vor allem in kleineren Gemeinden.

3. Finanzen allgemein

Trotz der Abschwächung der Inflation, bleiben die Preise aber auf erhöhtem Niveau. Deutschland befindet sich in einer Stagnation. Nach einer Prognose ist kaum mit Wachstumsimpulsen zu rechnen. Eventuell könnte durch mehr Zuversicht eine derzeit starke Zurückhaltung im Inlands-Konsum überwunden werden.

Durch die aktuelle Wirtschaftslage planen viele Kommunen und Landkreise mit einem Defizit in den nächsten Jahren in ihren Haushalten (siehe den heutigen Bericht in den OM-Medien „Finanzkrise: Landkreise und kreisfreie Städte sehen Pflichtaufgaben in großer Gefahr“)

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2025 zeigt, dass die Stadt Dinklage nicht in der Lage ist, den Ressourcenverbrauch auszugleichen und im Ergebnisplan einen Fehlbetrag von 1.769.200 Euro ausweist.

Sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen wurden im Rahmen der internen Haushaltsplanvorbereitung mit Nachdruck auf den Prüfstand gestellt. Mehrerträge und Minderaufwendungen sind aus Sicht der Verwaltung nicht weiter für 2025 zu realisieren.

Als positive Entwicklung sind immer noch die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie der Gewerbesteuer zu sehen.

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen 2023/2024 (Berechnungszeitraum 01.10.2023 – 30.09.2024), führt zu einer Erhöhung der Steuerkraft um 6,15 % gegenüber dem Berechnungszeitraum des Vorjahres, was sich finanziell auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich auswirkt. Für 2025 erhält die Stadt Dinklage **keine** Schlüsselzuweisungen (Ansatz Vorjahr 261.400 €; Ergebnis 190.056 €), sondern muss 57.100 € an Finanzausgleichumlage zahlen. Letztmalig hat die Stadt Dinklage im Haushaltsjahr 2012 keine Schlüsselzuweisung erhalten. Die Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten sind in Höhe von 300.000 € eingeplant.

Darüber hinaus ist eine Kreisumlage in Höhe von 7.752.800 € (Vorjahr 7.081.812 € bei 37 Punkten) zu zahlen. Trotz einer stabilen Umlagegrundlage aus Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen der Städte und Gemeinden als Berechnungsgröße für die Kreisumlage gerät der Haushalt des Landkreises Vechta zunehmend unter Druck. Die im Landesvergleich gute Umlagegrundlage führt dazu, dass die Städte und Gemeinden überwiegend keine Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben beanspruchen können und der Landkreis keine Zuwächse bei der Schlüsselzuweisung für Kreisaufgaben erhält. Generell leidet die kommunale Finanzsituation erheblich unter den globalen Krisen und den permanent weiter ausufernden gesetzlichen Aufgaben und Auflagen durch Bund und Land bei einer unzureichenden Finanzausstattung der niedersächsischen Kommunen. Für die Stadt Dinklage bedeutet die Anhebung um 1,5 Punkte Mehraufwendungen von rd. 300.000 €; für den Landkreis Vechta insgesamt Mehrerträge von 3,88 Mio. €.

Ich möchte die Bitte an den Landkreis richten, die Ausgaben im Blick zu behalten. Defizitäre Haushalte ziehen auch Haushaltssicherungskonzepte nach sich.

Die Gewerbesteuererträge wurden mit 8.870.000 € (Plan Vorjahr: 7.940.000 €) eingeplant. Mit über 12,59 Mio. € Gewerbesteuererträge haben wir in 2024 ein neues Rekordergebnis eingefahren. Hierfür sage ich ein großes Dankeschön an die Dinklager Gewerbetreibenden, dass sie trotz der vielen Krisen ein derartig hohes Gewerbesteueraufkommen ermög-

licht haben. Ohne ein solides Gewerbesteueraufkommen wären viele Projekte nicht umsetzbar.

Bei den Steuersätzen (Hebesätzen) verbleibt es bei den bisherigen Festsetzungen:

Grundsteuer A: 403 %

Grundsteuer B: 426 %

Gewerbesteuer: 356 %

Diese sind in der Hebesatzsatzung beschlossen worden.

Die wesentlichen Aufwendungen sind die Personalkosten in Höhe von 4.874.300 € (ohne Pensionsrückstellungen). Insgesamt stiegen die Personalkosten um 382.400 € (+ 8,51 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung ist auf die Tariferhöhungen, Besoldungsanpassungen und Neueinstellungen zurückzuführen.

Die Zuweisungen für Kindergärten und Kindergruppen belaufen sich auf 3.563.600 € (Vorjahr 3.288.400 €). Das bedeutet eine Erhöhung der Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr von 275.200 €. Der Landkreis Vechta beteiligt sich an den Betriebskosten mit umgerechnet 1.134.500 €. Mit der „Vereinbarung öffentliche Jugendhilfe“ beteiligt sich der Landkreis Vechta ab 01.01.2021 mit höheren Pauschalbeträgen pro Regelgruppe. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2025.

Ein besonderes Augenmerk ist auch auf die Abschreibungen zu legen, mit denen sich die Investitionsplanung im Ergebnishaushalt widerspiegelt. Es zeigt sich deutlich, dass durch das Investitionsvolumen und die daraus resultierenden Abschreibungsbeträge der Aufwand im Ergebnishaushalt immer höher wird und der Haushaltsausgleich dadurch erschwert werde.

Die Erhöhung des Netto-Aufwandes beträgt zwischen 2023 und 2028 1.652.747 €.

Unabhängig von der sorgfältigen Überprüfung aller Ansätze im konsumtiven Bereich spielt damit eine langfristig ausgerichtete Investitionsplanung eine entscheidende Rolle für die Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Im Finanzhaushalt ist der Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf 4.666.200 € und der Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf 18.186.200 € festgesetzt.

Ich möchte nur auf wesentliche Auszahlungen für Investitionen in 2025 eingehen.

- | | | |
|----|----------------------------------|-------------|
| 1. | | Sanie- |
| | rung Rathaus | 1.010.000 € |
| | insgesamt 1,51 Mio. € | |
| 2. | | Grund- |
| | schulen – Erweiterung der Mensen | 2.000.000 € |
| | insgesamt 5 Mio. € | |
| 3. | | Sanierung |
| | Freibad | 1.350.000 € |
| | Insgesamt 7.4700.000 € | |

Die permanenten politischen Bekenntnisse zum Bürokratieabbau stehen im Gegensatz zum realen Handeln. Das beste Beispiel hierfür ist die Generierung von Fördermitteln für das Freibad. Ein Verwaltungsaufwand sondergleichen.

4.	ons-)Zuschüsse an Vereine insgesamt 3.800.300 €	1.646.300 €	(Investiti-
5.	ehem. Caritas-Druckerei, Schulstraße	500.000 €	Umbau
6.	teilung Regenrückhaltebecken insgesamt 1.320.000 €	620.000 €	Kostenbe-
7.	Feuerwehrgerätehaus insgesamt 3.410.000 €	1.000.000 €	Umbau
8.	park – Entschlammung, Hauptplatz und Calisthenics-Anlage	822.300 €	Bürger-
9.	bauförderung ISEK Insgesamt 5,8 Mio. €	1.300.000 €	Städte-
10.	ausbau insgesamt	3.175.000 €	Straßen-

Diesen Auszahlungen stehen auch Einzahlungen gegenüber, z.B. Erschließungsbeiträge, Zuschüsse des Landes, des Bundes und des Landkreises.

Es sind bereits Förderanträge an das Land, den Bund und LEADER gestellt worden. Positive Förderbescheide liegen teilweise vor. Die Ausführung einiger Maßnahmen steht im unmittelbaren Zusammenhang mit einem positiven Förderbescheid.

Mit den geplanten Investitionen ist auch unmittelbar eine Kreditaufnahme verbunden. Die Kreditermächtigung wurde auf 10,7 Mio. festgesetzt. Abzüglich der Tilgungsleistungen beläuft sich die Nettoneuverschuldung auf 9.685.300 €. Der voraussichtlich Schuldenstand beziffert sich am Ende des Jahres 2025 auf rd. 14,23 Mio. €.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der Haushaltsplanentwurf 2025 uns alle nachdenklicher macht. Durch die hohen Investitionen und die zunehmenden Aufgaben von Bund und Land, bei nicht ausreichender Gegenfinanzierung, wird ein Haushaltsausgleich immer schwieriger. Es ist daher auch unser aller Aufgabe, unsere Stadt wirtschaftlich auf Kurs zu halten. Dazu gehört auch, Maß zu halten in Zeiten, die Vergangenheit sind und Zeiten, die uns bevorstehen.

Ich danke allen, die sich für unsere Stadt einsetzen, und denjenigen, die mit ihren Steuern, Abgaben und Gebühren dazu beitragen, dass wir in Dinklage sehr gute und qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten können und eine umfassende Infrastruktur, welche die Lebensqualität nachhaltig positiv prägt, vorweisen können. Die zu erhalten und sinnvoll auszubauen, wird auch künftig unser Ziel sein.

Mitglied Windhaus merkt an, dass er sich im Fachausschuss zum Haushalt geäußert habe. Er unterstützt die von Bürgermeister Putthoff getroffenen Aussagen zum Haushalt. Er merkt

an, dass schon viel umgesetzt wurde und geht auf die letzten Baumaßnahmen der Stadt Dinklage ein. Dieses seien gute Zeichen, dass sich Dinklage weiterentwickle. Sein Dank geht an die Gewerbebetreibenden und besonders den Steuerzahlern. Sodann geht er auf die gute Entwicklung der Einkommensteuer ein. Er ruft dazu auf, die kommenden Maßnahmen gemeinsam voranzubringen. Im Hinblick auf die Bürgermeisterwahl im Jahre 2026 appelliert er an die Ratsmitglieder, gemeinsam einen Kandidaten zu suchen.

Mitglied Witteriede führt zum Haushalt wie folgt aus:

Die Stadt plane für das kommende Jahr mit hohen Schulden, um überhaupt noch investieren zu können. Die Steigerungen bei den laufenden Kosten überholen die Einnahmen. Der Ergebnishaushalt weist somit einen Fehlbetrag in Höhe von 1,77 Millionen Euro aus.

Durch die Erhöhung der Kreisumlage um 1,5 Punkte hat die Stadt € 302.100 mehr zu bezahlen als ursprünglich geplant. Zudem erhalte sie aufgrund der hohen Steuerkraft keine Schlüsselzuweisung, sondern muss eine Finanzausgleichsumlage zahlen.

Der größte Posten im Haushalt resultiert mit knapp 5 Mio. aus den um 8,5 % gestiegenen Personalkosten. Grund hierfür sind Tarifierhöhungen, Besoldungsanpassungen und Neueinstellungen. Bei letzterem gehe sie davon aus, dass die zunehmende Aufgabenfülle und die Arbeitsbelastung den Personalaufbau rechtfertigen.

Der zweitgrößte Posten sind die Zuweisungen für die Kindergärten und Kindergruppen. Bei Kindertagesstätten und in der Ganztagsbetreuung weiten Bund und Länder die Aufgaben der Kommunen immer mehr aus, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen, weshalb auch hier die Kosten immer weiter steigen.

Auf der Einnahmenseite verbucht die Stadt jedoch deutliche Mehrerträge bei der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie bei der Gewerbesteuer.

Der Schuldenstand hat sich infolgedessen und auch, weil für 2024 geplante Investitionen in große Bauprojekte und die Sanierung von Straßen nicht getätigt wurden, weiter nach unten entwickelt. Er liegt jetzt bei ca. 4,5 Mio. und führt damit zur niedrigsten Pro Kopf Verschuldung seit 1995.

Das werde so nicht bleiben, denn der Schuldenstand werde sich aufgrund der Netto-Neuverschuldung in 2025 mindestens verdoppeln. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass auch in den folgenden Jahren hohe Investitionen in bereits beschlossene Maßnahmen zu tätigen seien.

Ohne die geplante Kreditaufnahme in Höhe von über 10 Mio., ist eine positive Entwicklung unserer Stadt und ein stärkeres Wirtschaftswachstum aber nicht möglich. Nur durch Schulden könne in die Zukunft investiert werden, ohne auf sofortige Einsparungen und Kürzungen angewiesen zu sein. Zudem können diese Investitionen zu einem stärken Wirtschaftswachstum führen.

Investitions-Schwerpunkte 2025

Große Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Gebäude, sowie hohe Zuschüsse für die Vereinsarbeit prägen den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Jahr 2025. Insgesamt müsse die Stadt 18 Mio. investieren!!!

Kinderbetreuung und Bildung

Der Ausbau der Betreuungsangebote bleibt eine Priorität. Die Versorgung mit Kita- und Krippenplätzen müsse weiter verbessert werden, um den Bedürfnissen der Familien gerecht zu werden. Mit der Fertigstellung des Kindergartens St. Martins im Bürgerpark dürfte es aber ab dem Kindergartenjahr 2025 bis auf weiteres keine Unterdeckung geben.

Die Erweiterung unserer beiden Grundschulen um je eine Mensa ist aus dem ab 2026 bestehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ebenso unumgänglich wie die Sanierung der Oberschule.

Infrastruktur

Hier bleiben Straßensanierung und -unterhalt ein zentrales Thema. Nach wie vor liegt der **Straßenausbau** hinter der ursprünglichen Planung zurück. Für 2025 ist die Sanierung von fünf Straßen sowie die Erstellung mindestens eines Regenrückhaltebeckens geplant. Ein Ziel, das allerdings vor dem Hintergrund langwieriger Planungen und Abstimmungen nur schwerlich zu erreichen sein wird. Die Vergangenheit zeige, dass die Stadt Dinklage nach wie vor weit hinter der derzeit noch gültigen Planung, in den nächsten 5 Jahren 21 Straßen zu sanieren, weit zurückliege. Alleine für 2024 sollten 10 Straßen ausgebaut werden. Geschafft wurde nicht einmal die Hälfte. Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, die Planung zu überarbeiten, damit auch für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner klar ist, wann sie dran sind, um Vorsorge treffen zu können.

Die Finanzierung dürfte sichergestellt sein, denn mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wurde eine deutliche Erhöhung der Realsteuerhebesätze beschlossen, mit dem Ergebnis, dass Dinklage seither im Landkreis Vechta die höchsten Steuerbemessungsbeträge bei der Grundsteuer A und B sowie bei der Gewerbesteuer hat.

Ebenso wichtig ist die Sanierung von Freizeiteinrichtungen und Sportstätten, denn neben der reinen Daseinsvorsorge ist eine Kommune auch aufgefordert, Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Erholung anzubieten sowie unterschiedlich ausgerichtete Orte für die Begegnung von Menschen aller Altersgruppen zu schaffen (siehe Mehrgenerationenpark, Wildgehege, Jahnstadion, Sporthallen, etc.). Hierzu gehört ganz sicher auch ein attraktives und **barrierefreies Freibad**.

Nach reiflicher Überlegung sei die SPD trotz der Kostensteigerung auf nunmehr 5,5 Mio. (Eigenanteil der Stadt nach Abzug der Fördermittel des Bundes und der Vorsteuererstattung) zu der einstimmigen Entscheidung gekommen, an der Freibad Sanierung festzuhalten und einer der größten Investitionen der Stadt zuzustimmen.

Denn, wir sind nach wie vor der Ansicht, dass eine Stadt von knapp 14.000 Einwohnern es sich nicht erlauben kann, auf ein modernes Freibad zu verzichten. Zudem sei sie davon überzeugt, dass sich die Mehrheit der Dinklagerinnen und Dinklager für den Erhalt unseres Freibads ausspricht, und somit in deren Interesse entschieden wurde.

Die Badeanstalt ist über 60 Jahre alt und an vielen Stellen sanierungsbedürftig. Das Nichtschwimmerbecken hat einen gutachterlich anerkannten Totalschaden. Hier rächen sich nun die Versäumnisse der Vergangenheit.

Ein Freibad ist insbesondere bei jungen Familien gefragt und sicher in vielen Fällen auch ein Argument, um Dinklage als Wohn- und Arbeitsort auszuwählen, was auch den Zuzug von Fachkräften fördert.

Das sanierte Freibad wird durch die geplanten modernen Attraktionen wie z. B. Wellenrutsche und Spray Ground sowie höheren Sicherheitsstandards und Barrierefreiheit attraktiver werden. Damit werden mehr Besucher angezogen, was höhere Einnahmen generiert. Zudem sind mit dem Einsatz umweltfreundlicher Technologien weitere positive wirtschaftliche Aspekte in Form reduzierter Wartungs- und Betriebskosten zu erwarten.

Somit ist die Sanierung eine sinnvolle Investition in die Lebensqualität der Bevölkerung sowie in die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Dinklage.

Klar sei aber auch, dass die Sanierung bis Ende 2026 abgeschlossen sein müsse, denn ansonsten fließen keine Fördergelder.

Auch die stadteigenen Liegenschaften (Rathaus, Bauhof, Feuerwehrhaus) müssen fortlaufend saniert und erweitert werden, um für ihre Zwecke nutzbar zu bleiben.

Die Stadt wird somit rund 1,5 Mio. in die **Sanierung des Alten Rathauses** investieren, um für die dort arbeitenden Verwaltungsangestellten annähernd akzeptable Arbeitsbedingungen zu schaffen, einen barrierefreien Zugang zu ermöglichen und den Verfall des Gebäudes zu stoppen.

Eine Alternative gebe es nicht, da das Alte Rathaus ein denkmalgeschütztes Wahrzeichen der Stadt und als einer von drei Standorten der Dinklager Verwaltung unverzichtbar ist. Der Bau eines neuen Rathauses oder die Anmietung entsprechender Gebäude wird weiterhin blockiert und ist von der Ratsmehrheit nicht gewollt.

Wirtschaftsförderung

Mit über 1.100 angemeldeten Betrieben ist Dinklage ein starker Wirtschaftsstandort. Es müssen dennoch weiterhin Anreize geschaffen werden, um Existenzgründungen und Gewerbeansiedlungen zu fördern. Deshalb ist es richtig, weitere 1,5 Mio. in den **Erwerb von Grundstücksflächen** zu investieren.

Zuschüsse an Vereine

Trotz angespannter Haushaltslage, ist es weiterhin das Bestreben der SPD, die Arbeit und die Aktivitäten der städtischen Vereine und Organisationen zu fördern. Dies geschieht meist in Form von Zuschüssen zu geplanten Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen bestehender Einrichtungen oder auch Neubauten.

Eine hierzu entwickelte Richtlinie soll ein einheitliches und transparentes Verfahren zur Gewährung dieser Zuschüsse ermöglichen und Einzelfallentscheidungen erschweren. Leider wurde diese trotz mehrfacher Beratung in den Fraktionen noch nicht beschlossen.

Bei Zuschussanträgen, die den Entscheidungskriterien der Richtlinie nicht entsprechen, bitten wir dennoch um Nachbesserung. Dies heiße nicht, dass die SPD die haupt- und vor allem auch ehrenamtliche Arbeit nicht würdigen und anerkennen. Sie bedankt sich an dieser Stelle an alle ehrenamtlich Tätigen.

Sie merkt an, dass in 2025 der Freundeskreis Schweger Mühle, die Schützenvereine Dinklage und Langwege sowie der Tennisclub Zuschüsse erhalten habe. Die höchsten Zuschüsse werden dem TVD für Investitionen im Jahnstadion (€ 627.000) und dem Reitsportclub (€ 500.000) gewährt.

Dem neuen Reitsportclub für den Neubau einer Reithalle mit Pferdeboxen auf dem Gelände des Reit- und Fahrclubs in Bünne einen Zuschuss von insgesamt einer Millionen Euro zu gewähren, sehe die SPD allerdings zum jetzigen Zeitpunkt kritisch. Nicht, weil sie das Vorhaben als solches nicht unterstützen, sondern weil der Finanzierungsanteil des Vereins in Höhe von € 800.000 derzeit nicht gesichert sei. Dieser Anteil soll aus dem Verkauf des vereinseigenen Grundstücks an der Holthausstrasse Erlös werden. Wie hoch dieser Erlös ausfällt, ist jedoch wegen vieler Unwägbarkeiten vorerst nicht zu beziffern, zumal vom Kaufpreis noch Abriss- und Sanierungskosten in unbekannter Höhe abgezogen werden.

Fazit sei, dass die zuvor genannten Investitionen und Bauvorhaben zum Großteil wegen gesetzlicher Anforderungen notwendig sind und gehören damit zu den Pflichtaufgaben. Daher sehe sie kaum Einsparpotenzial. Dennoch sei es absolut erforderlich, jedes Vorhaben sorgfältig zu planen und bei der Umsetzung durch ein kluges Projektmanagement die Kosten im Blick zu behalten.

Frau Witteriede vertritt die Meinung, dass somit der Summe der geplanten Investitionen ein klares Bekenntnis zu Verantwortung als Kommune, sozial gerecht und wirtschaftlich verantwortungsvoll zu handeln, belegt sei. Der vorgelegte Haushalt wird deshalb weitestgehend von der SPD befürwortet und mitgetragen.

Mitglied Kruse äußert sich wie folgt zum Haushalt:

S.E. werde es ein finanziell mehr als anstrengendes Jahr für den Haushalt der Stadt Dinklage. Im Haushaltsplan stehe den Erträgen von 26,2 Millionen € Ausgaben von 27,7 Millionen € gegenüber. Der Haushalt weist hier eine Lücke von 1,5 Mio € aus.

Die Kommune erhält 2025 erstmalig keine Schlüsselzuweisungen, sondern muss stattdessen eine Finanzumlage von 57.000 € ans Land zahlen. Zudem wird die Kreisumlage um 1.5 Punkte erhöht, was in Summe 7,52 Millionen € ergibt.

Dinklage will im kommenden Jahr ca. 18 Mio. € investieren. Um diese Investitionen durchführen zu können, müsse die Stadt Kredite in Höhe von 10,7 Mio € aufnehmen. Der Schuldenstand verdreifacht sich auf fast 14,2 Millionen €. Die Pro-Kopfverschuldung steige von 337,00 € auf 1054,00 €.

Allein der Posten Personal habe eine Größe von 4,9 Mio. €. Mitglied Kruse kann nicht beurteilen, ob hier Einsparmaßnahmen möglich sind. Für ihn überflüssig sei allerdings, dass ein Mitarbeiter damit beschäftigt werde, die Anzahl der Hunde in Dinklage zu zählen, um dann 100 € weniger an Hundesteuer für 2025 zu planen. Dass diese Mitarbeiter nebenher dann noch Stein- und Schottergärten zählen, sei ebenfalls befremdlich, da dies nicht die originäre Aufgabe der Stadt sei

Die Stadt Dinklage investiere in Mensen, Kitas, Vereine, Verbände, Infrastruktur. Hier die einzelnen Summen zu erwähnen, wolle er sich ersparen.

Die meisten Investitionen seien gut und richtig. Aber die Pflichtaufgaben der Kommune, die der Stadt von Land und Bund übergeholfen werden, sind von diesen nicht mit ausreichend Mitteln hinterlegt. Zudem müsse auch bei diesen Investitionen nach Einsparpotentialen ge-

sucht werden. Die Stadt Dinklage brauche haltbare und funktionale Gebäude, keine Protzbauten.

Hier müsse die Angebotstreue und -klarheit der ausführenden Unternehmen oberstes Gebot sein. Die Aussage eines Handwerksmeister zur die Verklinkerung des Kindergartens St. Johannes war: Die Stadt muss ja noch Geld haben, diese teure Art der der Verklinkerung zu wählen. Er sieht hier ein Einsparpotential von 70.000 €.

Vereine und Verbände und das Ehrenamt sind eine Lebensader der Gesellschaft.

Hier sei Unterstützung, besonders finanzieller Art, nötig. Wichtig sei dann allerdings auch die Gleichbehandlung und auch eine Beschlusstreue. S.E. kann es nicht angehen, dass aufgrund schlechter Vorplanung, die Förderung eines mit anfangs 260.000,00 € geplanten Projekts, irgendwann so aus dem Ruder läuft, dass die Stadt diese Maßnahme dann mit 1,5 Mio. € übernehmen müsse. Oder das Zuschüsse erst nach Fertigstellung der Maßnahmen beantragt werden.

Bei freiwilligen Maßnahmen müsse hingeschaut werden.

Es sei in seinen Augen nicht die Zeit für eine Bezuschussung von Schaufensterprojekten wie Zisternen, Gründächern und PV-Balkonkraftwerken.

Natürlich retten so kleine Einsparungen den Haushalt nicht, aber es ist der Anfang für eine notwendige neue Herangehensweise der sparsamen Haushaltsführung.

Dass die im Finanzausschuss erwähnte besser Zeit komme „in der wir in den nächsten Jahren Schulden abbauen können“ sehe er nicht! Aufgrund der schlechten Finanz- und Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, befindet sich Deutschland seit zwei Jahren in einer Rezession, die sich im nächsten Jahr fortsetzen wird. Sie wird im nächsten Jahr auch verstärkt auf Kreis und Kommune durchschlagen. Die zur Zeit sehr gute und in 2024 auch noch einmal gestiegene Steuerkraft werde sich abschwächen. Es werde mit einiger Sicherheit im nächsten Jahr noch eine erhebliche Erhöhung der Kreisumlage stattfinden.

Wie bereits dieses Jahr in Cloppenburg. Hier steigt die Kreisumlage um 4,5 Punkte.

S.E. kommen schwierige Jahre auf dieses Land und somit natürlich somit auch auf die Stadt Dinklage zu. Trotz vieler Unwägbarkeiten und der hohen Neuverschuldung stimme er, als Vertreter der Alternative für Deutschland, dem Haushaltsplan der Stadt Dinklage zu.

Er möchte sich an dieser Stelle noch einmal für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem Bürgermeister bedanken.

Mitglied M.Morthorst bedankt sich bei der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplanes. Für sie sei die Sanierung des Freibades ein Pull Faktor für Dinklage, der den Familien zugute komme. Die Investitionen in die Ganztagsbetreuung und die Planungen der Mensen werden von ihr als sehr wichtig und positiv angesehen. Allerdings sieht sie Einsparungen bei der Renovierung des alten Rathauses und ebenfalls im Bürgerpark. Sie merkt an, dass viel geschafft wurde und sich die Investitionen lohnen werden. Weiter regt sie an, beim Straßenausbau den Umweltschutz mehr zu beachten.

Mitglied Lampe führt aus, dass der Haushalt und das Investitionsprogramm in 2025 für die Stadt Dinklage richtungsweisend seien. Transparenz und Wirtschaftlichkeit bei angehenden Projekten werden wichtiger denn je. In der Vergangenheit habe die Stadt Dinklage noch nie in einer Ratsperiode so viele Großprojekte umgesetzt wie in dieser. Es werde mit einem jahrelangen Investitionsstau aufgeräumt. Gleichzeitig werde ein Schuldenstand aufgebaut, der in den Folgejahren gestaltungstechnisch sehr einschränken wird.

Wenn man beachte, dass der Kreis Vechta für über 42 Mio EUR ein neues Kreishaus baue, welches sicherlich über den erforderlichen Mindeststandards liege und munter die Kreisumlage erhöhe, mache das nachdenklich.

Den moralischen Finger in Richtung Kreisstadt zu heben, während man selbst gleichzeitig Millionen EUR in die eigenen maroden Verwaltungsgebäude stecke, die die sicherlich unter den erforderlichen Mindeststandards liegen, sei auch fraglich.

Dankbar müsse die Stadt Dinklage den Unternehmerinnen und Unternehmern in Dinklage sein, die mit einem rekordartigen Gewerbesteueraufkommen dafür sorgen, dass sich die Stadt Dinklage überhaupt noch etwas erlauben könne und dürfe. Hier brauche es den nötigen Weitblick für die Ertragsseite und Dinklage als Wirtschaftsstandort für Gewerbetreibende attraktiv halten. Ebenfalls müsse man sich nach neuen Ertragschancen umsehen. Sofern möglich, sollte als erster Schritt die Gründung einer Energiegenossenschaft vorangetrieben werden.

Der Großteil der Maßnahmen sei kein Luxus, den man sich einfach gönnt, sondern schlichtweg gesetzliche Anforderung, wo es nichts abzuwägen gebe. Gleiches gelte dabei auch für den Klimaschutz. Hier sehen das BFD noch deutliches Ausbaupotenzial.

Die Konsequenz am Ende sei, dass finanzielle Themen in Frage gestellt werden müssen, die eigentlich überstutzt werden sollten. Das sind nämlich die Investitionen bei Vereinen, Institutionen oder eben die Frage, ob man es sich nach 62 Jahren noch leisten kann, den Bürgerinnen und Bürgern ein kommunales Freibad zur Verfügung zu stellen. Letztendlich sind das aber die wichtigen Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in Dinklage, damit die junge Stadt am Burgwald auch künftig wortwörtlich jung bleibe. Dinklage müsse als familienfreundlichen Lebensort attraktiv bleiben.

Bezüglich der Bezuschussung von Vereinen und Institutionen brauche es klare Rahmenbedingungen. Eine gemeinsame Förderrichtlinie schafft hier Transparenz und Fairness.

Zum Sparen gebe es nur wenige Gelegenheiten. Eine Wesentliche sei aber die konsequente und zeitige Umsetzung geplanter Maßnahmen. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Zögern, u.a. auch bei Diskussionen um geeignete Standorte, immer wieder zu Kostensteigerungen und damit verbundener Belastung des Haushalts führen. Hier sei Zeit buchstäblich Geld. Insgesamt blicke das BFD keinesfalls negativ in die Zukunft. Am Ende brauche es Transparenz, Ehrlichkeit, und den nötigen Entscheidungswillen, Wege einzuschlagen.

Mitglied Meyer bezieht sich auf die getroffenen Aussagen zum Kreishaushalt. Sie merkt an, die Erhöhung der Kreisumlage gemeinsam getroffen wurden, auch weil Landesmittel im Sozialbereich nicht dementsprechend fließen. Zum Kreishausneubau teilt sie mit, dass unterschiedliche Varianten im Vorfeld diskutiert wurden.

Mitglied Bausen appelliert an den Rat, in den nächsten Jahren, den Klima- und Umweltschutz mehr in den Fokus zu nehmen. Der in den Haushalt eingestellte Betrag werde dem Thema nicht gerecht.

Beschluss:

Dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 22 Beratung und Beschluss über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage

**für die Jahre 2024-2028
FWT vom 02.12.2024
VA vom 09.12.2024**

Alg. Vertreter Bornhorst trägt anhand des Investitionsprogrammes vor.

Er merkt an, dass das Investitionsprogramm richtungsgebend und nicht bindend sei.

Beschluss:

Dem Investitionsprogramm für die Jahre 2024-2028 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 23 Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten

Seitens des Bürgermeisters liegen keine Mitteilungen vor.

zu 24 Anfragen und Anregungen

Mitglied Heitmann fragt an, warum im Burgwald Abholzaktionen stattfinden.

Antwort im Protokoll

Die gefälltten Bäume befinden sich im Eigentum des Klosters und wurden aus Gründen der Verkehrssicherheit gefällt. Die untere Naturschutzbehörde ist hiervon unterrichtet.

Carl Heinz Putthoff
Vorsitzender

Heidi Bellersen
Protokollführung

Carl Heinz Putthoff
Bürgermeister